

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei einem Spaziergang im Juni entdeckte ich hier am St. Georg-Gymnasium die Gedenktafel zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 13.10.1946 sowie deren ersten Zusammentritt am 30.10.1946. Vor achtzig Jahren begann also für Bocholt hier ein neues Kapitel und eine gewählte Gemeindevertretung nahm ihre Arbeit auf. Menschen übernahmen ein Mandat in einer Stadt, in der es an nahezu allem fehlte und in einer Gesellschaft, die nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur erst wieder lernen musste, was demokratische Verantwortung bedeutet.

Heute sitzen wir an diesem historischen Ort, um an jenen Neubeginn zu erinnern. Zugleich wird der Haushalt unserer Stadt für das Jahr 2027 eingebracht. Es ist ein besonderer Anlass, uns unseres eigenen Auftrags zu vergewissern. Denn wir befassen uns heute mit Entscheidungen, deren Folgen weit über das kommende Haushaltsjahr hinausreichen werden.

Wir sind in dieser Stadt weder die Ersten, die vor schwierigen Entscheidungen stehen, noch werden wir die Letzten sein. Wir haben etwas übernommen, das andere unter erheblichen persönlichen Opfern aufgebaut haben. Und wir werden diese Stadt eines Tages weitergeben – an Menschen, die dann mit den Folgen unserer Entscheidungen leben müssen.

In dieser Verantwortung stehen wir heute: gegenüber den Menschen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, und gegenüber denen, die nach uns kommen.

Meine Damen und Herren,

Bocholt lag nach dem Krieg in Trümmern. Rund 85 Prozent der Stadt waren zerstört. Das Rathaus war schwer beschädigt, der Ratssaal ausgebrannt. Straßen, Wohnhäuser, Kirchen und das Krankenhaus waren verschwunden oder schwer getroffen.

Menschen suchten nach Angehörigen, warteten auf die Rückkehr aus der Gefangenschaft oder mussten sich mit der Ungewissheit abfinden, ob ein vermisster Mensch überhaupt noch lebte. Zu Trauer und Erschöpfung kamen Hunger, Wohnungsnot und die Sorge vor dem nächsten Winter.

Wie bedrängend diese Lage war, lässt sich einem Sitzungsprotokoll entnehmen, das im Stadtarchiv eingesehen werden kann. Am 17. September 1945, also noch vor der Wahl der Gemeindevertretung, beriet das damalige Magistratskollegium über die Verhältnisse in Bocholt. Der eingesetzte Oberbürgermeister Dr. Benölken sagte:

„Die Wohnungsnot ist entsetzlich. Wie man die Leute zum Winter unterbringen wird, kann ich im Moment noch nicht sagen.“

Hier sprach ein Oberbürgermeister vor den Verantwortlichen seiner Stadt aus, dass er auf eine der existenziellsten Fragen noch keine Antwort hatte. Er beschönigte die Lage nicht.

Man musste ernsthaft erwägen, Menschen aufs Land zu schicken, weil sich für sie in ihrer eigenen Stadt keine Unterkunft finden ließ.

Und dann steht in diesem Protokoll der Satz:

„Ich will alles versuchen, um die Bocholter in diesem Winter in der Stadt zu behalten.“

Alles versuchen, damit Menschen bleiben können. Damit aus einem beschädigten Haus wieder ein Zuhause wird und eine Stadt ihre Menschen nicht verliert.

Das war eine sehr konkrete Erklärung dessen, was es heißt, kommunale Verantwortung zu übernehmen. Benölken konnte den Erfolg nicht versprechen. Wohl aber konnte er zusagen, sich mit den Verhältnissen nicht abzufinden und seine Möglichkeiten auszuschöpfen. Diese Unterscheidung ist auch für uns von Bedeutung: Wir müssen nicht vorgeben, jede Antwort bereits zu kennen. Aber die Menschen dürfen erwarten, dass wir uns um eine Antwort bemühen, die ihrer Lage gerecht wird.

Der Wiederaufbau stellte allerdings nicht nur eine organisatorische und materielle Aufgabe dar. Nach der nationalsozialistischen Diktatur musste auch geklärt werden, wem öffentliche Verantwortung anvertraut werden durfte. Eine Verwaltung wurde nicht allein dadurch zu einer demokratisch verantworteten Verwaltung, dass sie ihre Arbeit wieder aufnahm.

Der demokratische Neubeginn war kein unbelasteter Neuanfang. Er verlangte die Auseinandersetzung mit Schuld, mit Mitwirkung und mit dem Wegsehen.

Als die gewählte Gemeindevertretung 1946 ihre Arbeit aufnahm, waren diese Fragen nicht erledigt. Die Stadtverordneten begannen in den Trümmern einer Stadt und unter den Nachwirkungen einer Diktatur, die auch das Vertrauen in öffentliche Institutionen zerstört hatte. Sie mussten Prioritäten setzen, obwohl fast überall dringender Bedarf bestand, und eine Stadt handlungsfähig machen, deren Mittel dazu kaum ausreichten.

Wir wissen heute, wie sich Bocholt seither entwickelt hat, Sie alle kennen die Bilder unserer Stadt in Trümmern. Es brauchte Vorstellungskraft, um in dieser Zerstörung überhaupt wieder eine lebenswerte Stadt zu erkennen. Und es brauchte den Willen, selbst Verantwortung zu übernehmen und sie nicht weiterzureichen.

Wie unmittelbar sich diese Haltung im Alltag zeigen konnte, veranschaulicht eine weitere Stelle des Protokolls. Bernhard Lensing beanstandete die Lebensmittelzuteilung für kleine Kinder. Ein fünfjähriges Kind erhalte nur ein Drittel der Brotmenge eines sechsjährigen Kindes. Das sei ein unhaltbarer Zustand.

Benölken räumte ein, dass ihm dies bei der Durchsicht der Listen nicht aufgefallen sei.

„Ich danke dafür, daß Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben.“

Ein Hinweis auf einen Missstand ist keine Störung geordneter Verwaltungsarbeit. Wer Verantwortung trägt, muss ansprechbar bleiben – gerade dann, wenn jemand etwas zur Sprache bringt, das bislang übersehen worden ist.

In den folgenden Jahren entstanden neue Siedlungen für tausende Wohnungssuchende. Schulen und öffentliche Einrichtungen wurden wieder aufgebaut, das Historische Rathaus Schritt für Schritt wiederhergestellt. Bocholt musste sich in vielem neu erfinden, ohne seine Geschichte aufzugeben.

Daran haben die politisch Verantwortlichen und die Beschäftigten der Verwaltung mitgewirkt, ebenso Handwerker, Unternehmen, Familien, Vereine und Kirchen. Viele Namen sind uns nicht mehr gegenwärtig. Ihre Arbeit wirkt dennoch bis heute fort. Vieles, was wir selbstverständlich nutzen, verdanken wir Menschen, die bereit waren, für ein Gemeinwesen einzustehen, dessen Zukunft alles andere als gesichert war.

Meine Damen und Herren,

der historische Abstand gebietet Sorgfalt. Unsere Lage ist mit der existenziellen Not der Nachkriegszeit nicht vergleichbar. Die finanziellen Schwierigkeiten unserer Stadt dürfen uns nicht dazu verleiten, den Wiederaufbau nach Krieg und Diktatur zur bloßen Metapher für heutige Haushaltsprobleme zu machen.

Was uns mit den damaligen Stadtverordneten verbindet, sind nicht dieselben Lebensumstände. Es ist die Verantwortung, unter den Bedingungen der eigenen Zeit für Bocholt einzustehen.

Damals musste kommunale Selbstverwaltung neu begründet werden. Heute müssen wir sie erhalten, ihre Handlungsfähigkeit sichern und wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen auf diese Handlungsfähigkeit vertrauen können. Wir handeln auf einer Grundlage, die uns frühere Generationen geschaffen haben.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich an Sie, die Stadtverordneten, wenden.

Sie haben sich zur Wahl gestellt und damit bereit erklärt, für Bocholt Verantwortung zu tragen. Sie leisten diese Arbeit neben Ihrem Beruf, neben familiären Verpflichtungen und anderen Aufgaben. Die Zeit dafür fehlt an anderer Stelle. Das sollten wir anerkennen, auch gegenüber Ihren Familien und den Menschen, die Ihnen dieses Engagement ermöglichen.

Vor allem aber verdient Anerkennung, dass Sie sich mit Ihrem Namen einer Verantwortung stellen. Diese Verantwortung bleibt anspruchsvoll, auch wenn sie ehrenamtlich wahrgenommen wird.

Darin liegt die Verbindung zu den Menschen von 1946: Sie haben ihre Stadt nicht anderen überlassen. Sie haben ein Mandat angenommen und sich damit in die Pflicht nehmen lassen. Heute tun Sie das unter anderen Voraussetzungen. Aber auch Ihr Mandat ist ein Auftrag auf Zeit, dessen Folgen über diese Zeit hinausreichen.

Für uns hauptamtlich Verantwortliche im Bürgermeisteramt, im Verwaltungsvorstand und in den Fachbereichen folgt daraus ein ebenso klarer Anspruch: Wir müssen Ihnen eine Entscheidungsgrundlage geben, die dieser Verantwortung gerecht wird. Und wir müssen nach einer Entscheidung verlässlich an ihrer Umsetzung arbeiten.

Wir haben unterschiedliche Aufgaben, stehen aber gemeinsam in Verantwortung für die Bocholterinnen und Bocholter.

Meine Damen und Herren,

wir beraten heute in einer Zeit internationaler Bedrohungen, von Kriegen in Europa und einer erheblichen Verunsicherung. Gerade deshalb kommt der Kommunalpolitik eine besondere Bedeutung zu. Wir bewegen uns nicht in einem anonymen politischen Raum. Wir begegnen den Menschen, die von unseren Entscheidungen betroffen sind. Wir können uns der Verantwortung nicht durch Distanz und Entfernung entziehen.

Wir sitzen hier für Bocholt, für die Menschen in Lowick und Suderwick, in Biemenhorst und Mussum, in Stenern, Liedern, Barlo, Hemden und Holtwick, in unserer Innenstadt und in allen Quartieren und Ortsteilen. Für diejenigen, die heute hier leben, und für diejenigen, die morgen hier aufwachsen, arbeiten und alt werden wollen.

Hier können Menschen unmittelbar sehen, ob eine Zusage eingehalten, ein Problem bearbeitet und eine Entscheidung nachvollziehbar begründet wird. So entsteht Vertrauen – oder es geht verloren.

Mit der heutigen Einbringung des Haushalts 2027 beginnt eine Beratung, in der wir uns daran werden messen lassen müssen. Vor uns steht ein erheblicher Berg notwendiger Investitionen und infrastruktureller Aufgaben. Zugleich begrenzen die finanzielle Lage und die Belastung durch Schulden unsere Spielräume. Es wäre unredlich, den Eindruck zu erwecken, wir könnten sämtliche Erwartungen gleichzeitig erfüllen.

Wir müssen Wohnraum schaffen und Schulen und Kitas zukunftsfähig halten. Wir müssen unsere Infrastruktur erhalten und modernisieren, die Digitalisierung gestalten, Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel voranbringen. Wir brauchen einen starken Wirtschaftsstandort, der Arbeit und Einkommen ermöglicht, und wir müssen für Sicherheit sowie einen verlässlichen Brand- und Katastrophenschutz sorgen. All das muss mit einer verantwortbaren Finanzierung verbunden werden.

Benölken berichtete von Menschen, die selbst nach dem Verlust ihres Hauses noch Grundsteuer bezahlen sollten, während die Stadt auf diese Einnahmen nicht verzichten konnte. Die damalige Not verbietet jede vorschnelle Gleichsetzung. Aber die darin erkennbare Abwägung bleibt auch uns aufgegeben: Welche Leistungen sind unverzichtbar? Welche Belastungen können wir den Bürgerinnen und Bürgern zumuten? Was kann die Stadt leisten, und wo sind Grenzen zu ziehen?

Solide Finanzen und soziale Verantwortung dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ohne dauerhaft tragfähige Finanzen verlieren wir die Möglichkeit, verlässlich für die Menschen da zu sein.

Wir müssen die Kosten einer Entscheidung ebenso sorgfältig abwägen wie die Folgen ihres Unterlassens.

Auch die Verwaltung muss dazu ihren Beitrag leisten: durch nachvollziehbare Prioritäten, die Überprüfung von Abläufen und Standards sowie durch eine Zusammenarbeit, die Doppelarbeit vermeidet.

Meine Damen und Herren,

bei all diesen Überlegungen beschäftigt mich eine Frage besonders: Wie entwickelt sich das Zusammenleben in unserer Stadt? Denn es gibt neben dem baulichen und finanziellen Handlungsbedarf eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir nicht mit einem weiteren Verweis auf knappe Mittel beiseiteschieben können.

Ich sehe mit Sorge, dass etwas erodiert, auf das eine Stadt angewiesen ist: Vertrauen in Institutionen, Verlässlichkeit im Umgang miteinander und das Empfinden, Teil einer Gemeinschaft zu sein, in dem die eigene Stimme und der eigene Beitrag etwas zählen.

Das zeigt sich nicht immer laut. Ein älterer Mensch, dessen soziale Kontakte nach und nach wegbrechen, eine Familie, die den Anforderungen ihres Alltags kaum noch gewachsen ist, ein junger Mensch, der für sich keinen Platz in dieser Stadt erkennt.

Wir dürfen das Ausbleiben einer Beschwerde nicht mit dem Ausbleiben eines Problems verwechseln. Hier liegt für mich der Kern verantwortlicher gesamtstädtischer Sozialraumentwicklung.

Eine Familie lebt schließlich nicht in der Zuständigkeitsordnung unserer Verwaltung. Ob Wohnen, Schule, Betreuung oder Unterstützung zusammenpassen, entscheidet sich für sie im Alltag. Deshalb darf unser Blick nicht jeweils dort enden, wo die Zuständigkeit eines Fachbereichs endet.

Dabei braucht nicht jeder Stadtteil dasselbe. Unterschiedliche Lebensverhältnisse verlangen mitunter unterschiedliche Antworten. Unser Anspruch muss sein, dass gute Entwicklungschancen und die Möglichkeit zur Teilhabe nicht davon abhängen, in welchem Quartier jemand wohnt.

Der historische Bezug liegt für mich auf der Hand. Benölken wollte alles versuchen, damit die Bocholter in ihrer Stadt bleiben konnten. Damals ging es um die existenzielle Möglichkeit, hier zu leben. Heute müssen wir uns unter völlig anderen Bedingungen darum kümmern, dass Menschen in unserer Stadt ihren Platz behalten oder ihn überhaupt erst finden.

Der Gedanke aus der damaligen Beratung über die Brotmenge eines Kindes bleibt dabei maßgeblich: Wir müssen hinter einer Regelung, einer Kennzahl oder einem Haushaltsansatz den Menschen erkennen, um dessen Lebensverhältnisse es geht.

Meine Damen und Herren,

all dies wird uns in den kommenden Beratungen auch Konflikte abverlangen. Zur politischen Auseinandersetzung gehört, einen Vorschlag abzulehnen und eine andere Lösung zu vertreten. Politischer Wettbewerb darf nicht in persönliche Feindschaft umschlagen.

Für die Verwaltung gehört dazu, Hinweise ernst zu nehmen, Fehler einzugestehen und Entscheidungen zu korrigieren, wenn sich ihre Grundlagen verändern. Der Satz Benölkens, mit dem er sich für einen kritischen Hinweis bedankte, darf auch heute als Beispiel für einen souveränen Umgang mit Verantwortung gelten.

Alle im Rat und die gesamte Verwaltung werden gebraucht, um die Aufgaben dieser Stadt zu bewältigen. Das setzt keine Einigkeit in jeder Sachfrage voraus. Es setzt aber voraus, dass unser Wille, Bocholt voranzubringen, auch dann Bestand hat, wenn es schwierig wird.

Das Protokoll von 1945 spricht offen von Mutlosigkeit und Bedrängnis.

„Es fehlt ihnen ein Lichtblick.“ „Nur mutvolles Zupacken kann uns vorwärts bringen.“

Die Menschen damals hatten keine Gewissheit, dass ihr Vorhaben gelingen würde. Aber sie hatten sich entschieden, anzufangen. Schritt für Schritt, Stein für Stein und Entscheidung für Entscheidung wurde aus den Ruinen wieder eine Stadt.

Wir müssen die Entscheidung, heute gestalten zu wollen, unter den Bedingungen unserer Zeit selbst treffen.

Die Stadtverordneten von 1946 konnten nicht wissen, dass Bocholt acht Jahrzehnte später wieder eine wirtschaftlich starke und lebenswerte Stadt sein würde. Sie haben dennoch an einer Zukunft gearbeitet, die sie in weiten Teilen selbst nicht mehr erleben sollten. Von dieser Arbeit profitieren wir heute.

Wenn wir heute an sie erinnern, sollten wir deshalb nicht nur dankbar zurückblicken. Wir sollten uns fragen, was wir selbst weitergeben wollen.

Einen Haushalt, der unsere Handlungsfähigkeit sichert. Eine Infrastruktur, auf die man sich verlassen kann. Gute Bedingungen für Bildung, Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben. Und eine Stadtgesellschaft, in der Menschen einander nicht gleichgültig sind.

Denn wir hinterlassen der nächsten Generation nicht nur Gebäude und finanzielle Verpflichtungen. Wir hinterlassen ihr auch, wie wir miteinander umgehen. Ob wir zuhören. Ob wir Konflikte fair austragen. Ob Menschen glauben können, dass ihr Einsatz etwas bewirkt.

Vielleicht werden unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger in 80 Jahren an diesem Ort sitzen. Vielleicht werden sie unser heutiges Protokoll lesen und sich fragen, wie wir mit den Herausforderungen unserer Zeit umgegangen sind.

Ich wünsche mir, dass sie dann sagen können:

Sie haben Verantwortung übernommen. Sie haben ihre Stadt weiterentwickelt. Und sie haben dabei ihre Menschen nicht aus dem Blick verloren.

Das ist die Verbindung zwischen damals und heute. Und das ist unser Auftrag für morgen.

Vielen Dank!